Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verkürzt, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zeit und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Inseraten unter entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamationsanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Bestellungsgebühr das Tausend Mk. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platz. / % Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netto-Preise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen durch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 132 | Sonnabend den 12. Juni 1920 | 79. Jahrg.

Abwartende Stellung der Parteien.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Neuerdings verlautet aus Brüssel, daß die Konferenz von Spaa noch einmal verschoben werden soll.

• Reichspräsident Ebert hat 62 im Bereiche des Reichswehrkommandos Münster während der Unruhetage gefällte kriegsgerichtliche Urteile im Gnadenwege aufgehoben.

• Die Herabsetzung der deutschen Reichswehr auf 200 000 Mann ist beendet.

• Als zweiter deutschnationaler Abgeordneter im Wahlkreis Potsdam II ist Graf v. Westarp gewählt worden.

• Die Neuwahlen in Preußen werden voraussichtlich erst im Winter erfolgen.

• Die italienischen Truppen in Albanien sind von den Albanlern auf Valona zurückgeworfen worden.

• Die englischen Truppen haben sich aus Nordpersien nach Bagdad zurückziehen müssen.

Wahl und Wirtschaftsleben.

Die Wahlen, die jetzt hinter uns liegen, waren ja eigentlich eine „hochpolitische" Angelegenheit. Schon in früheren Zeiten aber liefen so viele Fäden von der Politik zum Wirtschaftsleben und umgekehrt, daß politische Veränderungen sich auch wirtschaftlich auswirkten, schwerer wiegende wirtschaftliche nie ohne Einfluß auf die Politik blieben. Nach der einen Richtung braucht man ja nur an die Tatsache zu erinnern, daß bei den Präsidentschaftswahlen in Amerika stets die Partei geschlagen wird, unter deren Regierung ein wirtschaftlicher Niedergang sich bemerkbar machte; nach der anderen Seite seien die wirtschaftlichen Folgerungen erwähnt, die Bismarck in den 80er Jahren aus der Zuspitzung der Beziehungen zu Rußland zog. Nun ist aber die Politik, wenigstens die deutsche, zurzeit fast ausschließlich wirtschaftlich ausgerichtet. Man darf sich also mit Fug die Frage vorlegen, ob die letzten Wahlen wirtschaftliche Folgen haben werden und welche dies sein könnten.

Zuerst wird man dabei feststellen müssen, daß die Wahlen selbst eine wirtschaftliche Folge darstellen: denn ihr Ergebnis ist zum großen Teil nur aus der Enttäuschung zu erklären, daß es der regierenden Koalition nicht möglich gewesen ist, in einem knappen Jahre aus dem Zusammenbruch durch den verlorenen Krieg die sieben fetten Jahre von einst wieder hervorzuzaubern. Schon die Feststellung dieser Tatsache zeigt ja, wie eng gerade hier und heute die berührten Zusammenhänge sind; es ist also zweifellos, daß das Wahlergebnis selbst nicht ohne wirtschaftliche Wirkungen bleiben kann. Will man diese feststellen, so wird man sich naturgemäß zunächst nach dem derzeitigen wirtschaftlichen Erdbebenmesser umsehen müssen, nach den Devisenkursen, nach der Bewertung unserer Forderungen an das Ausland und umgekehrt. Die Devisenkurse waren bereits kurz vor der Wahl in eine eigentümliche Unrast verfallen, die wirtschaftlich und marktmäßig nicht restlos zu erklären war, sondern großenteils eben auf Bedenken wegen politischer Schwerpunktverlagerungen zurückführte. Am Montag, als das Ausland nur die Tatsache des putschlosen Verlaufes der Wahlen kannte, zeigte der Markkurs große Stetigkeit und eine kleine Erholung. Seitdem sich aber die Wahlergebnisse übersehen lassen, neigt er deutlich abwärts, vor allem aber hat die Unsicherheit an den Märkten wesentlich zugenommen.

Nun ist aber der Devisenkurs keineswegs ein bloßer Zeiger, sondern seine Veränderungen führen unmittelbar zu wirtschaftlichen Wirkungen, die Art, wie er sich jetzt bewegt, zu einer Vergrößerung des an sich nicht gerade kleinen wirtschaftlichen Unbehagens. Denn es ist ja oft darauf hingewiesen worden, daß Stetigkeit des Devisenkurses eine unbedingte Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens ist und daß auf der andern Seite zusammenhangs- und richtungslose Zuckungen wirtschaftlich beinahe noch verderblicher sind als langanhaltende Veränderungen des Markwertes nach einer Richtung.

Beeinflußt so die zunächst kaum überwindbare politische Unsicherheit mittelbar — über die Schwankungen des Markwertes — das Wirtschaftsleben ungünstig, so sind die unmittelbaren Wirkungen auch nicht zu unterschätzen. Unter der Herrschaft der Koalition hatten immer weitere Kreise von Arbeitgebern auf der einen, Arbeitnehmern auf der andern Seite versucht, und erfreulicherweise mit wachsendem Erfolg versucht, schiedlich-friedlich miteinander auszukommen. Nachdem die Wahlen gezeigt haben, daß auf beiden Flügeln die schärfere Tonart an Anhängern stark zugenommen hat, ist zu befürchten, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auch im Wirtschaftsleben größere Neigung zur Widerborstigkeit zeigen: das ist um so bedenklicher, als die an sich ziemlich kräftigen Ansätze zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage aus sich heraus schon zu einer Verschärfung etwaiger Lohnkämpfe führen müssen. Und schließlich wird man auch die Erschwerung nicht gering einschätzen dürfen, die die Gestaltung der politischen Lage durch die Wahlen für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland bedeutet. Gewiß, die übrige Welt kann zum Wiederaufbau die deutsche Arbeitskraft und Tüchtigkeit nicht entbehren; sie fühlt sich aber — ob mit Recht oder Unrecht, ist in diesem Zusammenhang gleichgültig — als der in erster Reihe Gebende und gerade die wirtschaftlich führenden Kreise des Auslandes stehen den Verhältnissen, wie sie die Wahlen geschaffen haben, mit merkbarem Unbehagen gegenüber. Endlich müssen auch die Möglichkeiten wenigstens erwähnt werden, die der seltsame Ausfall der Wahlen für den Wirtschaftskörper des deutschen Reiches als solchen unter Umständen haben könnte. Denn sie zeigen eine Stärkung auflösender Neigungen und besonders eine nahezu bedenkliche Steigerung der Sonderbündelei. Wenn man auch vielleicht hoffen darf, daß aus diesen Möglichkeiten niemals Wirklichkeiten werden, so wird man ihren Einfluß auf die Köpfe (und diese bestimmen ja schließlich durch die Handlungen ihrer Träger die Wirtschaftslage) nicht völlig vernachlässigen dürfen.

Daß die Wahlen durch die unklare Lage, die sie geschaffen, politisch eine Erschütterung des Reiches bedeuten, ist unbestreitbar. Sie bedeuten aus dem gleichen Grunde auch wirtschaftlich eine solche; sie liegt allerdings hier verhältnismäßig mehr im Möglichen als in bereits greifbaren Tatsachen. Wahrscheinlich werden Wochen, vielleicht Monate vergehen, ehe sich entscheiden läßt, ob der Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft, den die letzten Monate einleiteten, sich unter der Oberfläche auch nach den Wahlen fortgesetzt hat, oder ob die offensichtliche Unterbrechung, die die letzten Wochen brachten, eine vorläufige Beendigung des Heilungsvorganges vorstellte.

Leonhard Hagebacher.

Abwartende Stellung der Parteien.

Berlin, 11. Juni (tu). Gestern trat der Vorstand der Demokratischen Partei zusammen. In dieser Sitzung wurden keine bindenden Beschlüsse gefaßt. In diesen Tagen werden die nicht in Berlin wohnenden Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion in Berlin erwartet. Wie die übrigen Parteien verfolgt auch die Demokratische die Taktik des Abwartens. Bei den süddeutschen Vertretern macht sich die Richtung stark bemerkbar, die auf ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzielt. Auch das Zentrum hat zur Lage noch nicht offiziell Stellung genommen. Die Entscheidung darüber wird jedoch in den nächsten Tagen erfolgen. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion wird Montag nachmittag 3 Uhr zu einer offiziellen Sitzung zusammentreten, um sich über die Lage zu besprechen. Nach einer parteioffiziösen Mitteilung wird die Deutschnationale Volkspartei bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden zu praktischer Wiederaufbauarbeit finden läßt.

Reichspräsident Ebert will nicht wieder kandidieren.

Berlin, 11. Juni (tu). Wie der Lokalanzeiger von unterrichteter Seite erfährt, beabsichtigt der Reichspräsident Ebert, nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Präsident Ebert soll besonders deshalb zu seinem Entschluß gekommen sein, weil er in seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person findet, die darauf beruhen, daß seine Kritiker anscheinend übersehen, daß er als Reichspräsident keinen Parteiinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen hätte.

Günstige Ernteaussichten.

Der Saatenstand in Preußen.

Nach den amtlichen Ermittlungen war bereits Anfang Mai die Entwicklung der Saaten, Futterpflanzen und Wiesen so über die Jahreszeit hinaus vorgeschritten, daß sich bei weiterer Wettergunst die besten Aussichten auf ein fruchtbares Erntejahr boten. Diese Erwartungen sind durch den Verlauf des Maimonats nicht enttäuscht worden, da der jetzige Stand fast sämtlicher Feldfrüchte, mit Ausnahme von Winterroggen und Raps, als recht erfreulich und befriedigend zu bezeichnen ist. Gegen das Vorjahr sind fast sämtliche Winter- und Sommerfrüchte im Vorteil, teilweise sogar erheblich besser. Nur bei Winterrogen ist der Stand geringer ausgefallen und bei Kartoffeln gleich geblieben. Dieses im allgemeinen günstige Ergebnis muß hauptsächlich dem ungewöhnlich fruchtbaren Frühjahrswetter gutgeschrieben werden. Die Entwicklung des Wintergetreides ist bereits so weit fortgeschritten, daß von vielen Seiten schon jetzt Schlüsse auf den wahrscheinlichen Ausfall der Ernte gezogen werden. Anfang Dezember war im Staatsdurchschnitt Weizen mit 3,2, Gerste mit 2,9 bewertet worden, jetzt lauten die Noten auf 2,6 und 2,7, so daß eine Besserung von 0,6 bei Weizen und 0,2 bei Gerste eingetreten ist. Bei diesen beiden Getreidearten werden deshalb die Aussichten für die Ernte als befriedigend bezeichnet. Über den Roggen, der bereits überall in Blüte steht, lauten die Nachrichten nicht so günstig. Auch der Stand unserer wichtigsten Ölfrüchte, Raps und Rübsen, wird nicht sonderlich gut beurteilt. Von den Sommerhalm- und Hülsenfrüchten, deren Entwicklung jetzt erst beginnt, wird aus allen Gegenden nur Günstiges berichtet. Die Frühkartoffeln sind überall gut aufgegangen und zeigen kräftiges Wachstum. Auch die späten Sorten, von denen Ende des Monats noch Reste gelegt wurden, sind in den meisten Gegenden schon teilweise oder sämtlich herausgekommen. Die Rübensaaten haben sich gut eingegrünt und kräftig entwickelt; bei den Zuckerrüben ist das Verziehen im Gange. Recht günstig werden Futterpflanzen und Wiesen beurteilt, soweit sie im Vorjahre nicht zu sehr durch Mäusefraß und Trockenheit gelitten haben. Vom ersten Schnitt, der bereits begonnen hat, werden zumeist recht reichliche Heuerträge erhofft. Grünfutter ist schon seit April reichlich vorhanden gewesen. Neben diesen erfreulichen Angaben finden sich aber auch viele Klagen über allerlei Unkräuter. An tierischen Schädlingen werden Feldmäuse nur vereinzelt angeführt. In Brandenburg und Sachsen ist mehrfach das Auftreten von Hamstern festgestellt worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Spaa — nochmals verschoben!** Aus Brüssel lassen sich die Pariser Blätter melden, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Konferenz von Spaa zum dritten Male vertagt werden würde, weil die Verbündeten sich noch lange nicht einig seien. Es wird sogar in der französischen Presse der Zweifel laut, ob die Konferenz überhaupt zustande kommen werde.

✦ **Die Grenze gegen Dänemark.** Wie verlautet, hat sich die Reichsregierung bei der Kürze der gegebenen Frist außerstande gesehen, zu dem Vertragsentwurf über Nordschleswig bis zum 10. d. Mts. endgültig Stellung zu nehmen, und hat deshalb beim Großen Rat in Paris um Fristverlängerung bis zum 20. Juni gebeten.

✦ **Zu Erzbergers Wiederwahl.** Der Streit um Erzberger war Gegenstand einer Besprechung in der Stuttgarter Zentrumspartei. Dabei führte Ministerialrat Bucher u. a. aus: „Es ist bedauerlich, wie in der Zentrumspartei der persönliche Gegensatz gegen Erzberger eine so große Bedeutung hat annehmen können. Nachdem die Wähler sich für Erzberger entschieden haben, darf nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden, und die anderen haben zu schweigen und sich zu fügen. Wir haben doch auch den Bayern oder Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wer will uns Schwaben vorschreiben, wem wir unser Vertrauen schenken! Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen."

✦ **Das 200 000-Mann-Heer.** Die Durchführung der Verminderung des deutschen Heeres auf den Stand von 200 000 Mann ist beendet. Von jetzt ab liegen in der rechtsrheinischen 50-Kilometer-Zone entsprechend den Bedingungen des Versailler Friedensvertrages nur noch zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie in Garnison.

✦ **Neuwahlen in Preußen erst im Winter.** In politischen und parlamentarischen Kreisen Preußens war bis vor kurzem vielfach die Ansicht vertreten worden, bald nach den Reichstagswahlen müsse auch die verfassunggebende preußische Landesversammlung sich selbst auflösen, um einem neugewählten Landtage Platz zu machen, auch wenn das Verfassungswerk bis dahin noch nicht abgeschlossen sein sollte. Wie verlautet, ist man neuerdings von diesem Gedanken wieder abgekommen, vertritt vielmehr den Standpunkt, daß die verfassunggebende Landesversammlung die Verfassung unter allen Umständen, freilich auch mit möglichster Beschleunigung, verabschieden müsse. Die Neuwahlen in Preußen sind also keinesfalls vor dem Winter zu erwarten.

✦ **Zu dem Raub der Monschauer Eisenbahn** zugunsten Belgiens schreibt Havas amtlich: Zu dem Beschluß der Botschafterkonferenz, betreffend die Eisenbahnen von Monschau, ist zu bemerken, daß nach dieser Entscheidung des Rates die Bewohner von Monschau bei Deutschland verbleiben und daß die Kritik der Deutschen hinsichtlich der Volksabstimmung in Eupen und Malmedy abgelehnt wird.

✖ **Rußlands abschreckendes Beispiel.** Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rußland herrsche viel Uneinigkeit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Tauschmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundsatz einer Räteregierung für ein demokratisches Land wie England nichts tauge. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF